

Großes Gezerre

Wohnungsmarkt. Die Bürger wollen günstig mieten oder kaufen – Immobilienfirmen wollen gut verdienen: Die Interessen auf dem angespannten deutschen Wohnungsmarkt sind grundverschieden. Enteignungen würden die Probleme kaum lösen. Stattdessen müssen vor allem mehr Wohnungen gebaut werden. Dies wäre leichter, wenn die Bürokratie rund ums Bauen entschlackt würde, sagen Hanno Kempermann (IW Consult) und Pekka Sagner (IW) im Interview.

—> [Seiten 2-7](#)

IW-Konjunkturumfrage und -prognose

Das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld bremst die deutsche Wirtschaft ab – das IW prognostiziert für 2019 nur noch ein reales Wachstum von 0,7 Prozent.

—> [Seiten 8-9](#)

Berufsausbildung

Die Digitalisierung ist auch in der dualen Berufsausbildung ein Megatrend, der vor allem von den Auszubildenden selbst angetrieben wird.

—> [Seiten 10-11](#)

Enteignungen wären überzogen

Wohnungsmarkt. Mieter in deutschen Großstädten sind mit ihrer Wohnung überwiegend zufrieden – egal ob deren Eigentümer die Kommune oder ein privates Unternehmen ist. Zwar haben private Vermieter die Mieten zuletzt am stärksten erhöht. Enteignungen kämen die Städte jedoch teuer und würden viele Mieter begünstigen, die gar nicht bedürftig sind.

Die Forderung ist radikal: Weil große private Wohnungsunternehmen die Mieten auf den angespannten Wohnungsmärkten der deutschen Großstädte unter anderem durch teure Modernisierungen stark in die Höhe treiben würden, sollen sie enteignet werden. So fordern es Demonstranten und so will es eine Bürgerinitiative in Berlin, die derzeit Unterschriften für ein entsprechendes Volksbegehren sammelt.

Die Idee, durch die Überführung von Wohnungen in staatliches Eigentum die Mieter vor weiteren Mietsteigerungen zu schützen, mag zunächst verlockend klingen. Nüchtern betrachtet, spricht allerdings vieles dagegen. Zwei Aspekte der Debatte im Einzelnen:

- **Zustand der Wohnungen.** Private Wohnungsunternehmen, denen in den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern rund 17 Prozent aller Mietwohnungen gehören, halten diese offenbar genauso gut oder schlecht in Schuss wie andere Vermieter auch (Grafik Seite 3):

Von den Großstadthaushalten, die in Wohnungen privater Unternehmen leben, beurteilen 60 Prozent den Zustand ihrer Wohnung als gut – nur 3 Prozent halten sie für völlig renovierungsbedürftig.

Damit kommen die privaten Großvermieter sogar besser weg als die Kommunen, deren Wohnungen von immerhin 10 Prozent der Mieter als gänzlich renovierungsbedürftig bezeichnet werden.

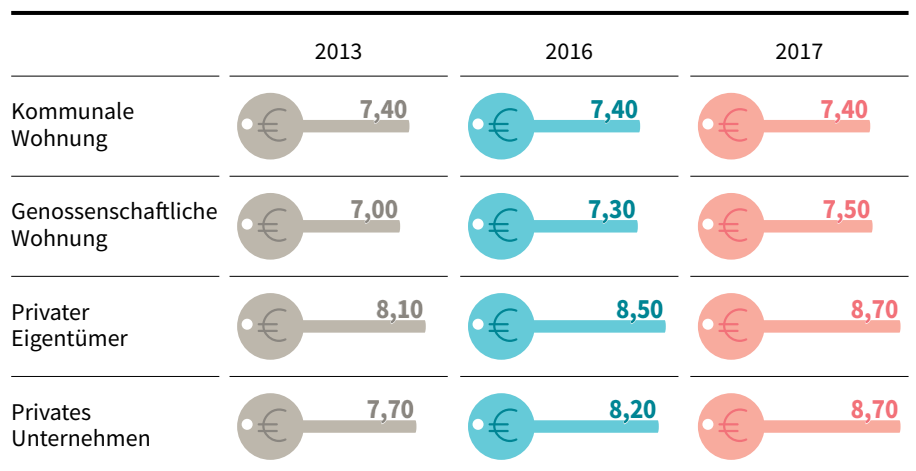
Zugleich trifft der Vorwurf, private Wohnungsunternehmen in den Großstädten würden besonders eifrig sanieren, um so hohe Mietsteigerungen zu rechtfertigen, offenbar nicht zu. Im Schnitt der Jahre 2014

und 2015 wurden rund 7 Prozent der Wohnungen im Besitz privater Großvermieter modernisiert. Damit war der Anteil zwar höher als bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften, aber niedriger als beispielsweise bei den Genossenschaften.

Dass private Wohnungsunternehmen keine per se „bösen“ Vermieter sind, zeigt sich auch, wenn man die Mieter nach der allgemeinen Zufriedenheit mit ihrer Unterkunft fragt.

Mieten in Großstädten: Private Eigentümer verlangen mehr

Reale Bruttokaltmieten je Quadratmeter Wohnfläche in Euro, in deutschen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern



Reale Bruttokaltmieten: Medianmieten (50 Prozent der Mieten sind niedriger, 50 Prozent sind höher), auf Basis der Preise von 2017
 Privater Eigentümer: vor allem Kleinvermieter, die Immobilien zum großen Teil nicht hauptberuflich vermieten

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwd

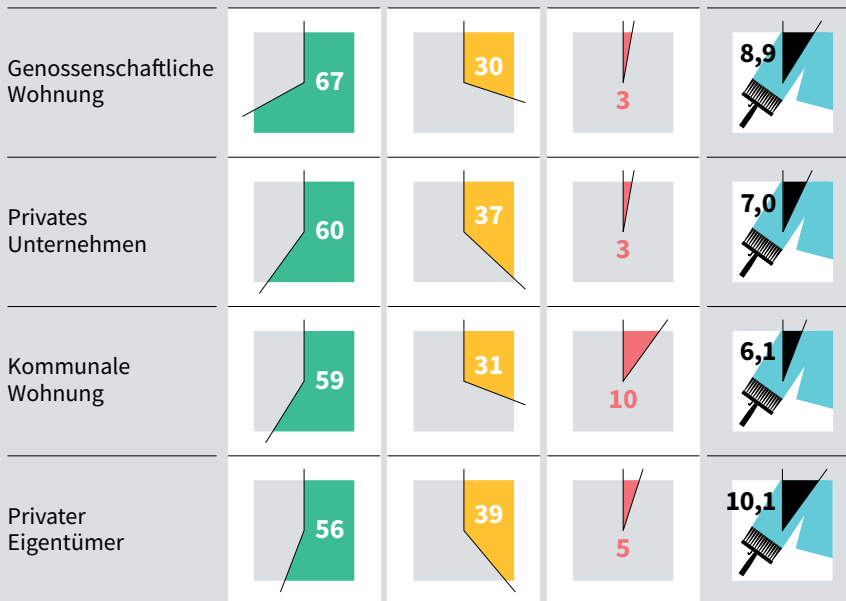
Mietwohnungen: Meist in gutem Zustand

in deutschen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern

So viel Prozent der Haushalte beurteilten den Zustand ihrer Mietwohnung im Schnitt der Jahre 2013 bis 2015 wie folgt

■ In gutem Zustand
■ Teilweise renovierungsbedürftig
■ Ganz renovierungsbedürftig

■ So viel Prozent der Wohnungen wurden im Schnitt der Jahre 2014 und 2015 modernisiert



Privater Eigentümer: vor allem Kleinvermieter, die Immobilien zum großen Teil nicht hauptberuflich vermieten

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Auf der Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) stuften die Haushalte alle Vermietergruppen sehr ähnlich ein:

Die Mieter von privaten Wohnungsunternehmen bewerteten den Zustand ihrer Wohnungen 2017 im Schnitt mit 7,2 von 10 möglichen Punkten – das war nicht weit entfernt vom Bestwert 7,6, den die Mieter von Genossenschaftswohnungen vergaben.

Auch in den Jahren zuvor waren die Werte ähnlich und lagen für alle Vermietertypen nahe beieinander.

• **Mieten.** Die Wohnungsmieten in den deutschen Metropolen haben sich dagegen sehr unterschiedlich entwickelt (Grafik Seite 2):

Die Bruttokaltmieten der Wohnungen privater Unternehmen

sind von 2013 bis 2017 im Schnitt um 1 Euro auf 8,70 Euro je Quadratmeter gestiegen – die Mieter kommunaler Wohnungen zahlen dagegen nach wie vor 7,40 Euro.

Offenbar nutzen die privaten Vermieter die hohe Nachfrage nach dem knappen Wohnraum in den Großstädten stärker aus. Das ist aus marktwirtschaftlicher Sicht ihr gutes Recht – Mieter sind dagegen verständlicherweise wenig erfreut, wenn die Kosten fürs Wohnen stetig steigen.

Darauf mit Enteignungen zu reagieren, hieße dennoch, über das Ziel hinauszuschießen. Denn wenn privates in öffentliches Wohneigentum überführt wird und die Mieten dann nicht mehr erhöht werden dürfen, bedeutet dies für die Kom-

munen Einnahmeverluste, die am Ende alle Bürger zu spüren bekämen.

Die unterlassenen Mietsteigerungen für die sozialisierten Wohnungen wären außerdem nur dann zu rechtfertigen, wenn die Menschen, die in diesen Immobilien leben, zum großen Teil finanziell bedürftig sind. Das ist aber nicht der Fall:

Von den Mietern privater Wohnungsunternehmen in den deutschen Großstädten verfügen 57 Prozent über ein Einkommen von mehr als 80 Prozent des mittleren Einkommens aller Großstadthaushalte.

In 44 Prozent der Haushalte beträgt das Einkommen sogar mehr als 100 Prozent des sogenannten Medianeinkommens. Die unterlassenen Mietsteigerungen nach einer Vergesellschaftung würden also zu einem wesentlichen Teil Haushalten zugutekommen, die ansonsten keinen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung haben.

Darüber hinaus müssten die privaten Wohnungsunternehmen für die Enteignungen entschädigt werden. Geschähe dies zum Marktwert, würde dies allein die Stadt Berlin etwa 30 bis 40 Milliarden Euro kosten. Ließe sich eine niedrigere Kompensation durchsetzen, wäre die Belastung für den kommunalen Haushalt zwar geringer, potenzielle Immobilieninvestoren würden aber abgeschreckt – und weniger neue Wohnungen gebaut. Sinnvoller wäre es daher, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu verbessern und die bedürftigen Mieterhaushalte zielgerichtet zu unterstützen.

IW-Report 11/2019

Michael Voigtländer, Pekka Sagner:
Mieten, Modernisierungen und Mieterstruktur – Vermietergruppen in Großstädten im Vergleich
iwkoeln.de/vermietergruppen

„Langfristig hilft nur, neu zu bauen“

Interview. Wohnraum ist knapp, Mieten und Kaufen wird deshalb in fast allen Regionen Deutschlands immer teurer. Welche Rolle dabei Immobilienkonzerne spielen, warum Bauprojekte so lange dauern und in manchen Großstädten Mieter kaum noch umziehen, erläutern die beiden Immobilienexperten **Hanno Kempermann** von der IW Consult und **Pekka Sagner** vom IW.

Herr Kempermann, Sie kommen in Ihrer Studie „Wohnen in Deutschland“ zu dem Schluss, dass der Kauf einer Immobilie in ganz Deutschland günstiger ist als das Mieten. Wohnen Sie im Eigentum?

Kempermann: Ja, wir sind eine der klassischen Familien, die aus der Stadt rausgezogen sind – von einer Mietwohnung in Köln nach Pulheim in ein eigenes Einfamilienhaus. Dort haben wir 2016 per Losverfahren ein Grundstück ergattert, es gab mehr als 500 Bewerber für 50 Grundstücke. Für uns war das die absolut richtige Entscheidung, wir sind dort sehr glücklich.

Der durchschnittliche Kaufpreis für eine Immobilie lag 2018 bei 264.000 Euro. Dafür wird man in den Ballungszentren kaum fündig, oder?

Kempermann: Das kommt auf das Viertel an. Im Frankfurter Westend, in Hamburg-Rotherbaum oder in Köln-Deckstein kriegt man dafür keine 30 Quadratmeter. Doch es gibt auch in den Großstädten noch Stadtteile mit vernünftigen Immobilienpreisen. Allerdings wird es zunehmend schwerer, in den Ballungsgebieten fündig zu werden.

In vielen Städten ist der Immobilienkauf aufgrund der hohen Preise oft gar keine Option mehr. Wie gehen denn Mieter mit der Wohnungsknappheit um?

Sagner: Solange zwei Akademiker auf Wohnungssuche sind, die sich 110 Quadratmeter für 1.500 Euro Kaltmiete leisten können, ist das kein Problem. Aber in den Städten leben ja nicht nur Besserverdiener, sondern auch einfache Arbeiter und Angestellte. Die haben in den Metropolen derzeit keine Chance, weil die Bestandsmieten und die Mieten für Neuvermietungen immer weiter auseinandergehen. Viele Mieter bleiben deshalb in ihren

Wohnungen hocken, weshalb es wenig Umschlag auf dem Mietwohnungsmarkt gibt.

In Berlin wird gerade ein Volksbegehren mit dem Ziel angestrengt, Wohnungskonzerne zu enteignen. Ist es Zufall, dass das in der Hauptstadt stattfindet?

Sagner: Nein, denn Berlin ist von allen Regionen in Deutschland die mit den höchsten Preissteigerungen für Immobilien. Seit 2010 sind die Mieten in Berlin im Durchschnitt jedes Jahr um 4 Prozent gestiegen. Allerdings darf man dabei auch nicht vergessen, dass das Wohnen in Berlin im Vergleich zu anderen europäischen Hauptstädten und auch zu anderen deutschen Metropolen wie Hamburg oder München immer noch recht günstig ist.

Die Wohnungsgesellschaft Deutsche Wohnen, gegen die sich das Volksbegehren wendet, besitzt fast 165.000 Wohnungen, die meisten in Berlin. Wäre es nicht ökonomisch sinnvoll, solche marktbeherrschenden Stellungen aufzubrechen?

„In den Städten müssten vor allem kleinere und günstigere Wohnungen entstehen“

Pekka Sagner, Immobilienexperte am Institut der deutschen Wirtschaft



Foto: IW Medien

„Warum dauert es in Köln länger als ein Jahr, bis ein Bauantrag genehmigt wird?“, fragt Hanno Kempermann (rechts), Immobilienexperte der IW Consult, seinen IW-Kollegen Pekka Sagner.

Kempermann: Ich würde nicht sagen, dass die Deutsche Wohnen eine marktbeherrschende Stellung hat, es gibt in der Hauptstadt auch noch andere große Vermieter sowie hauptsächlich private Vermieter, die einzelne Wohnungen vermieten. Und grundsätzlich kann Größe auch etwas Positives sein, wenn sie Skaleneffekte nutzt: Wer viele Wohnungen bewirtschaftet, kann Leistungen wie einen Hausmeisterservice oft günstiger anbieten oder einkaufen als ein Kleinvermieter.

Wie ließe sich denn der Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen entspannen?

Sagner: Die Mietpreisbremse hat nicht gut funktioniert, außerdem führt das Einfrieren der Mieten langfristig dazu, dass Investitionen ausbleiben und Wohnungen verkauft werden, sodass noch weniger Mietobjekte zur Verfügung stehen. Langfristig hilft gegen den Mangel nur, mehr neue Wohnungen zu bauen – und zwar solche, die sich am Bedarf orientieren: also in den Städten eher kleinere und günstigere Wohnungen.

Kempermann: Eine leichte Entlastung gäbe es, wenn auf jedes bereits vorhandene Haus noch ein Stockwerk draufgesetzt würde – das würde übrigens auch den

Flächenverbrauch kleinhalten. Und dann müsste die gesamte Bürokratie rund ums Bauen mal angepackt werden: Natürlich sind Brandschutzvorschriften wichtig. Aber warum dauert es in Köln länger als ein Jahr, bis ein Bauantrag genehmigt wird? Weil im Bauamt seriell, nicht parallel gearbeitet wird. Und warum gibt es in jedem Bundesland zig Bauverordnungen? Das hat zur Folge, dass sich die Bauentwickler immer wieder individuell auf jedes einzelne Bauvorhaben einstellen müssen. Große Bauprojekte können deshalb bis zu acht Jahre dauern, das ist viel zu lang.

Das klingt alles nicht sonderlich ermutigend.

Sagner: Na ja, so schlimm ist es aber auch nicht. Es stimmt zwar, dass die Preise steigen. Aber es gibt in Deutschland auch viele Regionen, in denen die Löhne deutlich stärker steigen als die durchschnittlichen Mieten. Der große Durchschnitt hat mit den Debatten, die in Berlin und anderswo geführt werden, nichts zu tun.

Kempermann: Ja, und auch eine ganz simple Erkenntnis gehört zum Thema Immobilien zwangsläufig dazu: Die beliebten Lagen sind einfach viel zu selten, als dass dort jeder leben könnte.

Der Traum vom eigenen Häuschen

Im europäischen Vergleich ist Deutschland nach wie vor eine Mieternation. Doch es hat ein Umdenken eingesetzt. Fast ein Drittel der Mieter zwischen 16 und 50 Jahren möchte ein Eigenheim erwerben. Die niedrigen Zinsen und die enormen Wertsteigerungen von Immobilien in den vergangenen Jahren dürften diesen Wunsch verstärkt haben. Der Traum von den eigenen vier Wänden ist in vielen Städten allerdings kaum noch zu bezahlen.

Der Europavergleich

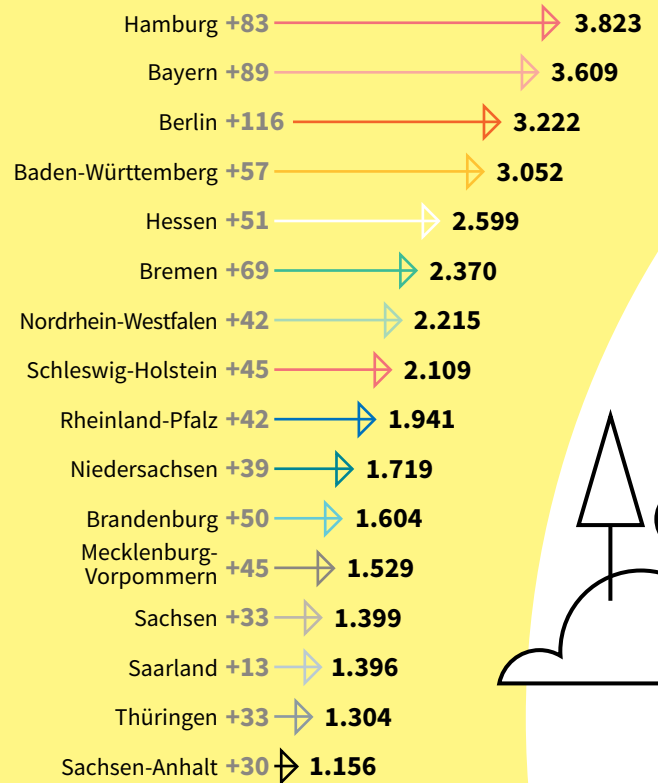
So viel Prozent der Bürger lebten 2017 in den eigenen vier Wänden

Polen	84	Schweden	65
Tschechien	79	Vereinigtes Königreich	65
Spanien	77	Frankreich	64
Italien	72	Österreich	55
Niederlande	69	Deutschland	51

Einfamilienhäuser im Bundesländervergleich

Durchschnittlicher Quadratmeterpreis im dritten Quartal 2018 in Euro

■ Anstieg gegenüber dem ersten Quartal 2005



Pro und Kontra

Diese drei Gründe sprechen am häufigsten für oder gegen den Erwerb von Wohneigentum, Nennungen in Prozent der Befragten

Pro	Kontra
73 Wichtiger Beitrag zur Altersvorsorge	62 Risiko, sich langfristig zu binden und Kredite nicht bedienen zu können
69 Man ist nicht von Mietsteigerungen betroffen	54 Hoher Kaufpreis, hohe Anschaffungskosten
67 Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu leben	51 Man muss sich längerfristig in anderen Bereichen einschränken

Befragung von 1.249 Bundesbürgern über 16 Jahren im Januar 2019

Durchschnittliche Ausgaben der Bundesbürger für ein Eigenheim 2018 in Euro

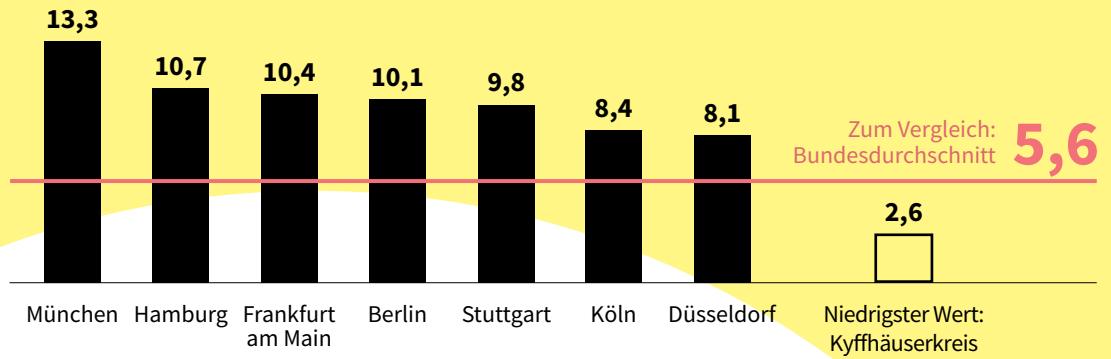
264

Quellen: Europace, Eurostat, F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut für Demoskopie Allensbach, Institut der deutschen Wirtschaft

Diese Grafikseite basiert auf der Sparda-Studie „Wohnen in Deutschland 2019“ | sparda-wohnen2019.de

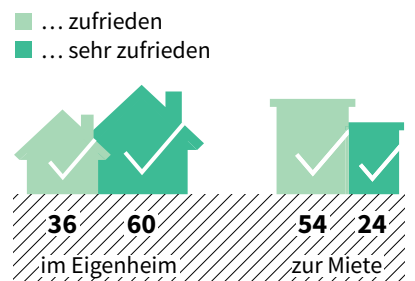
Immobilienkauf und Einkommen

Für den Kauf einer Immobilie mit 111 Quadratmetern Wohnfläche musste ein Haushalt in den sieben größten deutschen Städten 2018 das ...-Fache des durchschnittlichen regionalen Jahresnettoeinkommens aufbringen



Zufrieden im Eigenheim

So viel Prozent der Bundesbürger waren 2019 mit ihrer Wohnsituation ...

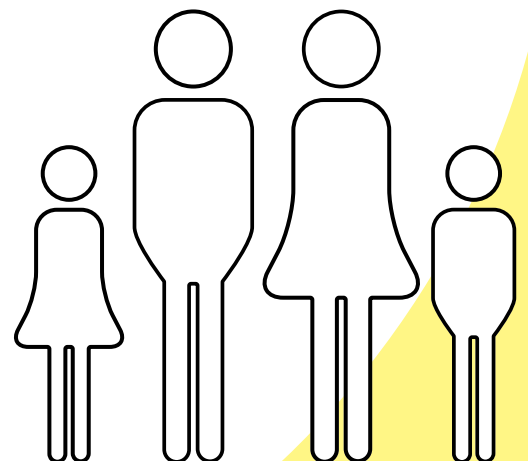


Befragung von 1.249 Bundesbürgern über 16 Jahren im Januar 2019



Bei einem durchschnittlichen Preis im dritten Quartal 2018 von **2.379 Euro/Quadratmeter** bekamen Immobilienkäufer für ihr Geld im Schnitt

111 Quadratmeter Wohnfläche



Die Stimmung ist getrübt

IW-Konjunkturumfrage und -prognose. Viele Unwägbarkeiten im außenwirtschaftlichen Umfeld bremsen die Dynamik der deutschen Wirtschaft 2019 spürbar ab. Vor allem die Bauinvestitionen und der Konsum halten die Konjunktur jedoch in Gang. Im kommenden Jahr könnte das Wachstum wieder leicht zulegen.

Der protektionistische Kurs der USA und das Gezerre um den Brexit sind nur zwei Faktoren, die in Deutschland vor allem die exportorientierte Industrie nachhaltig verunsichert haben. Dies schlägt sich im laufenden Jahr merklich in den Wachstumsaussichten nieder – wie die aktuelle Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt (Tabelle Seite 9):

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird 2019 real voraussichtlich nur um 0,7 Prozent wachsen – im kommenden Jahr ist nach jetzigem Stand ein Plus von 1,5 Prozent möglich.

Die gedämpfte Stimmung in der deutschen Wirtschaft zeichnet sich auch in der IW-Frühjahrsumfrage ab

(Grafik). Zwar gehen nach wie vor 35 Prozent der fast 2.400 befragten Unternehmen davon aus, dass ihre Produktion beziehungsweise ihr Umsatz im laufenden Jahr steigt, und nur 18 Prozent erwarten einen Rückgang. Allerdings betrug das Verhältnis von Optimisten zu Pessimisten im Herbst 2018 noch 39 zu 14 Prozent, im Frühjahr 2018 sogar 52 zu 8 Prozent.

In dieses Bild fügen sich auch die weiteren Ergebnisse der IW-Prognose und der IW-Umfrage ein:

- **Außenhandel.** Für die Perspektiven der deutschen Außenwirtschaft ist zum einen das globale Umfeld maßgeblich. Vor allem die neuen oder auch nur angedrohten Handelsbarrieren lassen den Welthandel in

diesem Jahr real nur um 3 Prozent wachsen – 2017 expandierte das weltweite Handelsvolumen noch um 4,7 Prozent.

Zum anderen steigen die Arbeitskosten in Deutschland vor allem in der Industrie weiter. Das schwächt deren Wettbewerbsfähigkeit. Entsprechend moderat sind die Erwartungen in Sachen Außenhandel:

Knapp 19 Prozent der Unternehmen rechnen für 2019 mit rückläufigen Exporten – der Anteil derjenigen, die einen Anstieg der Ausfuhren erwarten, ist mit weniger als 20 Prozent kaum höher.

Damit ist der Saldo aus positiven und negativen Meldungen so niedrig wie seit der globalen Finanzmarktkrise von 2009 nicht mehr.

Konjunktur: Firmen kommen ins Grübeln

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2019 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
Produktion	22,0	33,4	14,2	33,9	18,2	35,0
Exporte	18,8	21,2	17,0	11,0	18,6	19,8
Erträge	27,6	29,3	16,2	35,6	26,0	30,2
Investitionen	19,0	35,7	13,3	35,8	18,2	35,7
Beschäftigung	18,6	32,2	12,9	32,1	17,8	32,2

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.909 Unternehmen in Westdeutschland und 466 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2019
© 2019 IW Medien / iwd

Vor diesem Hintergrund werden die realen deutschen Exporte im laufenden Jahr lediglich um 1,4 Prozent zulegen. Da die Importe aufgrund der robusten Inlandsnachfrage weiterhin auf Wachstumskurs bleiben, bremst der Außenhandel insgesamt die Konjunktur ab. Dies dürfte sich erst im Jahr 2020 wieder ändern – dann ist ein Exportplus von 2,8 Prozent zu erwarten, sofern sich die Rahmenbedingungen für die Außenwirtschaft nicht erneut verschlechtern.

• **Investitionen.** Die eingetrübten Exportperspektiven beeinflussen auch die Investitionskonjunktur. Ein Einbruch ist allerdings nicht zu befürchten. Mit 36 Prozent ist der Anteil der Betriebe, die von einer Ausweitung der Investitionstätigkeit ausgehen, etwa doppelt so hoch wie der Anteil der skeptischen Unternehmen. Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass die hohe Kapazitätsauslastung vieler Betriebe zusätzliche Investitionen erfordert und die Finanzierungsbedingungen nach wie vor gut sind.

Dennoch halten sich viele Unternehmen mit Investitionen in neue Ausrüstungen wie Maschinen und Produktionsanlagen zurück – das IW prognostiziert für dieses Jahr gerade einmal einen realen Zuwachs um 1,4 Prozent. Besser sieht es im Bausektor aus:

Sowohl 2019 als auch 2020 werden die realen Bauinvestitionen voraussichtlich um jeweils 2,3 Prozent zulegen.

Angetrieben werden sie vor allem von der unverändert hohen Nachfrage nach Wohnungen in den Ballungszentren; der öffentliche Bau profitiert zudem von der verbesserten kommunalen Finanzausstattung.

• **Arbeitsmarkt.** Die rückläufige konjunkturelle Dynamik wirkt sich vorerst nur begrenzt auf den Arbeitsmarkt aus – die Zahl der Erwerbstätigen

IW-Prognose für Deutschland 2019 und 2020

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,3	0,8	0,7
Arbeitslosenquote	5,2	4,8	4,5
Arbeitsvolumen	1,4	0,7	1,1
Produktivität	0,0	0,0	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,7	1,5
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,0	1,1	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	2,6	1,8	2,2
– Ausrüstungen	4,2	1,4	2,3
– Sonstige Anlagen	0,4	1,0	1,5
– Bauten	2,4	2,3	2,3
Inlandsnachfrage	1,9	0,9	1,4
Export	2,0	1,4	2,8
Import	3,3	2,0	2,8
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,8	1,5	1,5
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,7	0,9	0,5

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

gen wird 2019 um weitere 0,8 Prozent steigen. Die Folge:

In diesem Jahr werden in Deutschland mehr als 45 Millionen Menschen erwerbstätig sein – gegenüber dem Tiefstand von 1993 bedeutet das einen Anstieg um 7,4 Millionen.

Auch 2020 setzt sich der Beschäftigungsaufbau nur leicht abgeschwächt fort. Damit wird das Arbeitsvolumen – auch dank der kalenderbedingt zusätzlichen Arbeitstage – das Wirtschaftswachstum deutlich stärken. Die Zahl der Arbeitslosen wird gleichzeitig weiter sinken und im Schnitt des Jahres 2020 nur noch knapp über der Zwei-Millionen-Marke liegen.

• **Konsum.** Die positive Arbeitsmarktentwicklung trägt auch

maßgeblich dazu bei, dass der private Konsum in Deutschland in diesem und im kommenden Jahr real um 1,1 beziehungsweise 1,3 Prozent wachsen dürfte. Ein weiterer Grund ist, dass die Verbraucher vom anhaltend niedrigen Zinsniveau profitieren. Außerdem können sie auf nur moderat steigende Preise hoffen – das IW rechnet für 2019 und 2020 lediglich mit einer Inflationsrate von je 1,5 Prozent.

Aus IW-Trends 2/2019

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Verunsicherung schwächt die Konjunktur – IW-Konjunkturprognose und IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2019
iwkoeln.de/konjunktur_fruehjahr2019

Digitale Leerstelle

Berufsausbildung. Unternehmen tun einiges, um ihre Auszubildenden auf die Digitalisierung in der Arbeitswelt vorzubereiten. Häufig geschieht dies jedoch noch wenig strategisch. Auch die Berufsschulen müssten aus Sicht der Betriebe noch nachlegen.

Die Digitalisierung ist in fast allen Betrieben in Deutschland längst ein Megathema – wenn auch auf ganz unterschiedlichen Niveaus: Manche Firmen haben gerade mal eine eigene Homepage mit Angabe einer E-Mail-Adresse im Netz, andere vernetzen bereits ihren Maschinenpark über das Internet oder bauen sogar ihr gesamtes Geschäftsmodell auf digitalen Technologien auf.

Doch in der dualen Berufsausbildung ist die Digitalisierung bisher weniger präsent, wie eine Umfrage des IW zeigt:

Neun von zehn Unternehmen setzen mindestens eine digitale Technologie ein. Doch mit der Digitalisierung in der Ausbildung haben sich bislang nur gut zwei Drittel aller Betriebe in Deutschland beschäftigt.

Vor allem in vielen kleinen Unternehmen ist die Rolle der Digitalisierung in der dualen Berufsausbildung noch kein Thema – dabei bringen gerade Auszubildende häufig eine hohe Affinität für digitale Technologien mit. Tatsächlich werden die meisten Veränderungen in puncto Digitalisierung in der Ausbildung durch Ideen und Erfahrungen der Auszubildenden angestoßen (Grafik):

Digitalisierung in der Berufsausbildung: Das tun die Unternehmen

in Prozent



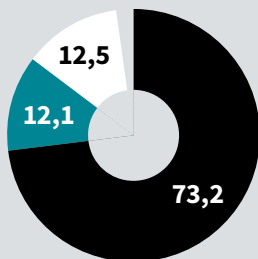
Befragung von 830 ausbildenden Unternehmen im Jahr 2017

Quelle: IW-Personalpanel
© 2019 IW Medien / iwd

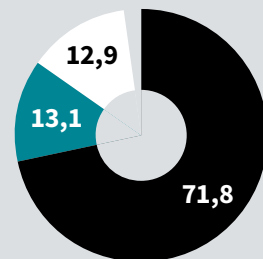
Digitalisierung in der Berufsausbildung: Das wollen die Unternehmen

in Prozent

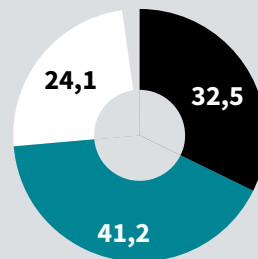
- Trifft voll und ganz zu / trifft eher zu
- Trifft eher nicht zu / trifft gar nicht zu
- Kann ich nicht beurteilen



Es sollten neue Zusatzqualifikationen geschaffen werden.



Die vorhandenen Ausbildungsberufe sollten modernisiert werden.



Es sollten neue Ausbildungsberufe geschaffen werden.

Befragung von 830 ausbildenden Unternehmen im Jahr 2017; Rest zu 100: keine Angabe

Quelle: IW-Personalpanel
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Die Generation der Digital Natives hat schon in mehr als der Hälfte der Unternehmen Veränderungen im Bereich der Digitalisierung der Berufsausbildung angestoßen.

Die Firmen könnten dieses Engagement noch systematischer nutzen. So ließe sich zum Beispiel das berufliche Wissen der erfahrenen Fachkräfte mit dem digitalen Know-how der Azubis in altersgemischten Teams verknüpfen. Auf diese Weise profitieren beide Seiten – und letztlich der gesamte Betrieb.

Und wie sieht es mit der Einbindung der Berufsschulen in dieses Thema aus? Schließlich ist die duale Berufsausbildung weltweit ein Vorzeigemodell, weil sie Theorie und Praxis gekonnt miteinander verbindet und die jungen Leute eine umfassende berufliche Handlungskompetenz erlangen.

Tatsächlich sagen jedoch viele Unternehmen, dass sie gar nicht beurteilen können, ob beispielsweise die Zahl der Lehrkräfte und deren

digitale Kompetenzen sowie die technische Ausstattung der Berufsschulen ausreichend sind oder nicht. Ein Grund dafür könnte der mangelnde Austausch zwischen den dualen Ausbildungspartnern sein.

Fest steht, dass vor dem Hintergrund der Digitalisierung vermehrt in die Infrastruktur investiert werden muss, um eine zeitgemäße Ausbildung an den Berufsschulen gewährleisten zu können. Sowohl das betriebliche Ausbildungspersonal als auch die Lehrer an beruflichen Schulen sollten außerdem in Sachen Medienkompetenz weitergebildet werden. Denn über digitale Medien können sich neue Wege der Kooperation ergeben, die die Zusammenarbeit zwischen den betrieblichen und schulischen Akteuren intensivieren.

Großen Modernisierungsbedarf sehen die ausbildenden Unternehmen auch für die Strukturen der Ausbildung. Das ist zwar nichts Ungewöhnliches, da Ausbildungsberufe regelmäßig auf ihre Aktualität überprüft werden. Neu ist jedoch,

dass die Digitalisierung nicht einzelne Berufe betrifft, sondern Auswirkungen auf alle Berufe hat. Das führt bei vielen Unternehmen zu Reformwünschen (Grafik):

Sieben von zehn Unternehmen möchten, dass angesichts der Digitalisierung neue Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung geschaffen und vorhandene Ausbildungsberufe modernisiert werden.

Lediglich drei von zehn Betrieben sehen einen Bedarf an neuen Ausbildungsberufen.

Zusatzqualifikationen sowie die Modernisierung der vorhandenen Ausbildungsberufe haben den Vorteil, dass eine Umsetzung zeitnah möglich ist: Die Ausbildungsordnungen der industriellen Metall- und Elektroberufe beispielsweise wurden zum Beginn des Ausbildungsjahres 2018 im sogenannten „Agilen Verfahren“ neu geordnet und es wurden optionale Zusatzqualifikationen eingeführt.

Bislang gehören vor allem große und technologieintensive Unternehmen zu den Vorreitern der Digitalisierung in der betrieblichen Ausbildung, während kleinere und mittlere Unternehmen einen großen Orientierungs- und Unterstützungsbedarf aufweisen. Über alle Betriebsgrößen hinweg wünscht sich etwa ein Drittel aller Unternehmen Unterstützung bei der Festlegung geeigneter Lehr- und Lernmethoden sowie bei der Auswahl von relevanten Ausbildungsinhalten. Dies deutet auch auf einen großen Bedarf zur weiteren Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals hin.

Aus IW-Trends 2/2019

Regina Flake, David B. Meinhard,
Dirk Werner: Digitalisierung in der dualen Berufsausbildung
iwkoeln.de/berufsausbildung

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,
 Berit Schmiedendorf,
 Kerstin Schraff,
 Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

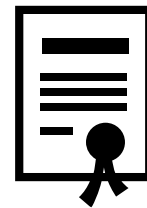
Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Top-Liste: Elektrisch unterwegs

Ja, die Deutschen lieben Autos – aber nicht jene mit Batterie: Von allen Neuwagen, die 2018 in der Bundesrepublik verkauft wurden, waren weniger als 2 Prozent Elektroautos oder Plug-in-Hybride. In Norwegen dagegen ist jeder zweite Neuwagen ein Plug-in oder ein Elektroauto. Dafür gibt es reichlich staatliche Unterstützung: Beim Kauf von reinen E-Autos zum Beispiel fallen weder Zulassung- noch Mehrwert- oder Kfz-Steuer an; Straßenumaut und Parkgebühren kosten nur die Hälfte, außerdem dürfen Stromer die Bus- und Taxispuren benutzen und im Stau an Wagen mit Verbrennungsmotor vorbeifahren. Hinzu kommt, dass auf den norwegischen Hauptverkehrsadern im Schnitt alle 50 Kilometer Schnellladesäulen stehen.



Wissenschaftspreis Bürokratie

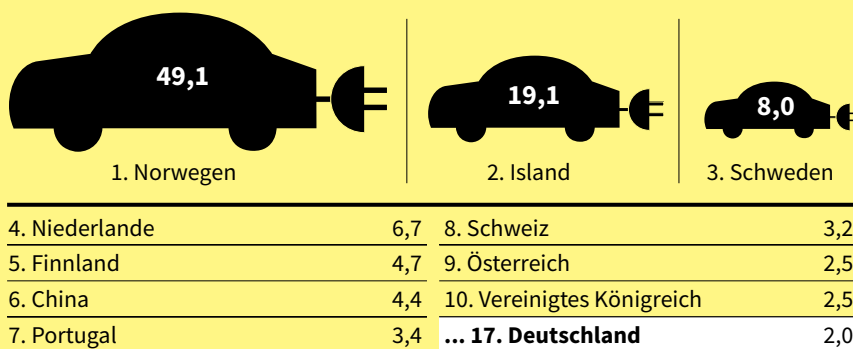
Bürokratien stellen sicher, dass Gesellschaften und Organisationen Regeln folgen, die vor Willkür schützen. Bürokratische Strukturen schränken Staatsbürger, Unternehmen und die vom Volk gewählten Politiker aber auch in ihren Freiheits- und Handlungsspielräumen ein. Weiten Bürokratien ihren Einfluss zu stark aus, können sie das Gemeinwohl gefährden.

Diese Zusammenhänge näher zu erforschen, ist das Ziel des Wissenschaftspreis Bürokratie, der von Fritz Hellwig, Gründungsdirektor des Instituts der deutschen Wirtschaft, gestiftet wurde. Am 27. Mai 2019 wird der Preis zum dritten Mal verliehen. Anmeldungen zur Preisverleihung im IW in Köln sind möglich bis zum 16. Mai unter:

iwkoeln.de/buerokratiepreis-2019

Elektromobilität: Skandinavier fahren voran

So viel Prozent der verkauften neuen Pkws im Jahr 2018 waren Elektro- und Plug-in-Elektroautos



Plug-in-Elektroautos: Autos, die sowohl einen Verbrennungs- als auch einen Elektroantrieb haben

Quellen: Automobile Importers & Distributors Association, China Association of Automobile Manufacturers, European Automobile Manufacturers Association, Inside EVs
 © 2019 IW Medien / iwd



Neu auf iwd.de: Wahl in Indien

Noch bis Mitte Mai sind fast 900 Millionen Inder aufgerufen, ein neues Unterhaus und einen neuen Premierminister zu wählen. Die größte Demokratie der Welt verzeichnet zwar ein starkes Wirtschaftswachstum, leidet aber auch an massiver Korruption, religiösen Konflikten und teilweise extremer Armut. Vor welchen Herausforderungen das Land mit seinen rund 1,3 Milliarden Einwohnern, 29 Bundesstaaten und 23 Landessprachen steht, lesen Sie auf iwd.de.

